

Dresdner Journal.



Bezugspreis:
Für Dresden vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich deutschen Postämtern vierteljährlich 3 Mark, außerhalb des Deutschen Reichs Post- und Transportgebühren. Einzelne Nummern: 10 Pf.

Verkauf:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends. Preis: 10 Pf.

Aufbewahrungsgeld:
Für den Raum einer gepalteten Seite seiner Größe 20 Pf. Unter „Eingekant“ die Zeit 50 Pf.

Bei Tabellen- und Illustration entsprechende Aufschlag.

Verleger:
Königliche Expedition des Dresdner Journals
Dresden, Auguststr. 20.
Preis: 10 Pf.

N 161.

Dienstag, den 14. Juli, abends.

1896.

Pfeiligen Bezirker unseres Plattes, welche dasselbe von hier aus nach einem andern Aufenthaltsort nachgehend zu haben wünschen, bitten wir, mit der bezüglichen Bestellung gleichzeitig die an die Post zu entrichtende Ueberweisungsgelder einreichen zu wollen. Derselbe beträgt im ersten Monat eines Vierteljahres 60 Pf., im zweiten Monat 40 Pf. und im dritten Monat 20 Pf.

Auf ausdrücklichen Wunsch besorgen wir die Nachsendung unter Kreuzband. Die Gebühren hierfür richten sich nach dem Gewicht der einzelnen Sendungen.

Königl. Expedition des Dresdner Journals.

flucht haben. Denn von Tag zu Tag wird es deutlicher, daß bei den freiesinnigen Russen die Verneinung über ihre hochliegenden Pläne den Sieg davongetragen hat und daß sie entschlossen sind, die Versprechungen anzunehmen, die ihnen durch die Türkei angeboten worden sind und deren Einhaltung durchzusetzen die Mächte gewiß besorgt sein werden. — Sowit der Türkei gegenüber überhaupt etwas durchzusetzen ist. Eine unbedingte Voraussetzung für den weiteren Ausbau der gegenwärtigen gütigeren Verhältnisse ist selbstverständlich die Fortdauer der Einigkeit der Großmächte in ihren Maßnahmen sowohl der Türkei als auch Griechenland gegenüber. Besonders darauf wird es ankommen, den Hellenen mit der größten Bestimmtheit die Ueberzeugung beizubringen, daß die Großmächte in keiner Weise geneigt sind, sich ihre wohlwollenden, allen europäischen Völkern zu gute kommende Aktion zu Gunsten des Weltfriedens von einem Staate wie Griechenland durchkreuzen zu lassen. Jedenfalls ist schon damit viel gewonnen, daß wie nun als sicher angenommen werden kann, die freiesinnige Nationalversammlung zusammenzutreten wird. Daß es in dieser Nationalversammlung heiß hergehen wird, daß man sich wahrscheinlich in der Versammlung selbst nicht nur auf das Gewicht der Gründe verlassen, sondern auch zu handgreiflicheren Argumenten keine Lust nehmen wird, ist leicht vorauszusagen. Ein solches Verfahren ist eben bei jenen alldiebstahlischen Nationen auch etwas durchaus Selbstverständliches, und daher wird man sich über etwaige Vorgänge auf dem parlamentarischen Schlachtfelde nicht sonderlich zu erregen haben. Das Ende vom Liede wird aller Wahrscheinlichkeit nach in ganz annehmbaren Akkorden ausklingen. Höchst erfreulich ist aber die Wirkung der jüngsten Vorgänge auf Areta auch insoweit, als mit dem Niedergehen der dortigen Flammen offensichtlich auch das in andern Gegenden des osmanischen Reiches ausbrechende Feuer der Empörung zu verlöschen beginnt und damit gleich eine ganze Reihe von schweren Vorfällen für den Sultan und seine Umgebung auf dem besten Wege ist, von der Tagesordnung zu verschwinden.

Als ein schwerwiegendes Symptom für die friedliche Gestaltung der Weltlage wird allseitig auch die deutsche Forderung der Beteiligung an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 angesehen. Vor Optimismus in der Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen zu warnen, ist kaum noch erforderlich. Man wird wenige Leute in Deutschland finden, die sich darüber einer Illusion hingeben könnten, daß unter Verhältnissen zu dem westlichen Nachbar auch jetzt noch auf des Westens Schneide steht. Die Versicherung, daß nur ein kleiner Bruchteil der französischen Nation noch die chauvinistischen Gesinnungen pflege, ist in sich ebenfalls durchaus nicht geeignet, irgend welche Vertrauenslosigkeit bei uns wachzurufen. Denn dieser kleine Bruchteil der Franzosen hat, wie wir wissen, vollständig die Macht, die ganze übrige Nation in entscheidenden Momenten hinter sich heranzuziehen, und von einem festen Willen der möglichen Stellen in Frankreich, dem Treiben dieses Bruchteils energisch entgegenzutreten, ist bisher noch nie etwas zu bemerken gewesen. Trotz alledem aber darf man wohl daran festhalten, daß auch in dieser Frage Zeit gewonnen, Alles gewonnen bedeutet. Je länger das friedliche Nebeneinanderwohnen der beiden benachbarten Nationen andauert, um so geringer muß schließlich die Gefahr des Zusammengeratens werden. Zeit aber ist zweifellos wieder gewonnen, wenn die geistigen und materiellen Kräfte der Franzosen durch die Vorbereitungen für das Friedenswerk ihrer Ausstellung schon jetzt auf Jahre hinaus festgelegt werden. Und vielleicht dämmert doch auch in einigen chauvinistischen Köpfen das Bewußtsein, daß Deutschlands

Bezüge, sich an dem Friedenswerke auf französischem Boden zu beteiligen, wenigstens für die auf unserer Seite bestehenden friedlichen Neigungen ein gewichtiges Wort spricht.

Die noch vorhandenen chauvinistischen Neigungen der Franzosen zu fördern, ist jedenfalls auch der Empfang durchaus ungeeignet, den gegenwärtig deutsche Marineoffiziere und Soldaten in Russland finden. Derartige freundliche Worte und Thaten zwischen Angehörigen der deutschen und der russischen Wehrmacht, wie man sie jetzt aus St. Petersburg und Kronstadt berichtet, sind jedenfalls seit langer Zeit nicht gewechselt worden. Auf die auch schon aus anderen Umständen ersichtlich gewordenen guten Beziehungen zwischen Russland und Deutschland werden diese Vorgänge jedenfalls ein deutliches Licht. Und in demselben Maße, wie sich diese Beziehungen verbessern, schrumpfen die Hoffnungen der Chauvinisten an der Seine zusammen.

in solchen, die eine besondere Bekräftigung des Verkehrs wünschenswert erscheinen lassen, wird es sich, solange die Reichsregierung noch der Entscheidung des Kaiserlich Russischen Zolldepartements unterliegt, empfehlen, das Kaiserliche Deutsche Konsulat in St. Petersburg, das auf Grund der Bestimmung des Schlußprotokolls zum deutsch-russischen Handelsvertrag mit dieser Behörde unmittelbar verkehren darf, um seine Unterstützung zu bitten. Diejenigen Reichsbeamten, die bei dem Zolldepartement in St. Petersburg bereits eine ungunstige Entscheidung gefunden haben, können gegebenenfalls von Berlin aus unterstützt werden. Die bezüglichen Eingaben sind in diesen Fällen an das Auswärtige Amt zu richten.

Für einen Tag dieser oder der nächsten Woche wird man auf die Veröffentlichung des von Preußen als Antrag beim Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurfs über die Handwerksorganisation im „Reichsanzeiger“ rechnen können. Es wird nicht nur der Wortlaut des Entwurfs, sondern auch die ihm beigegebene Begründung mitgeteilt werden. Sobald die Veröffentlichung vor sich gegangen sein wird, wird das jetzt schon organisierte Handwerk für die weitere Bekräftigung des Entwurfs in den Handwerkskreisen Sorge tragen. Nachdem die einzelnen Interessenten unterrichtet sein werden, werden die einzelnen Korporationen berufen, und erst wenn diese zu endgültigen Beschlüssen gelangt sein werden, wird eine allgemeine Handwerkskonferenz in Nord- und Süddeutschland zusammengetreten. Diese Konferenz ist für den Anfang September in Aussicht genommen.

Während des Vierteljahres vom 1. April bis 30. Juni 1896 haben 4178 Schiffe mit einem Nettovermögen von 400 886 Register-Tonnen den Kaiser Wilhelm-Kanal benutzt und an Gebühren zusammen 221 856 M. entrichtet. Davon entfielen auf den Monat Juni 1624 Schiffe mit 146 393 Tonnen Nettovermögen, welche 82 308 M. Gebühren zahlten.

Über die Beteiligung Deutschlands an der Pariser Weltausstellung schreibt der „Stroh. Post“ ihr Pariser Mitarbeiter folgendes: Die Nachricht, daß die deutsche Regierung ernstlich die Beteiligung des Deutschen Reiches an der Pariser Weltausstellung 1900 angedeutet hat, wird in den vorurteilfreien Kreisen Frankreichs, die sich in ihrem ruhigen Urteil nicht durch die wohlhabenden Strömungen einer unruhigen Tagespresse beeinflussen lassen, mit Befriedigung aufgenommen werden. Nicht als ob man eine chauvinistische Ermahnung darüber empfinde, daß sich Deutschland auch an den Triumpfen der edeln Latetia Spanne, sondern die Freunde des Friedens und der Völkerverständigung begrüßen die hochherzige Entscheidung der deutschen Regierung als einen höchst erfreulichen Fortschritt auf der Bahn des Ausgleichs der Völkerverständigung, die sich zwischen den beiden großen so nahe verwandten Völkern angebahnt haben. Es muß von hier aus ausgehen, daß der Entschluß auf deutscher Seite nicht leicht gewendet sein mag. Von der Austragung der Deutschen im Jahre 1870 bis zu den chauvinistischen Exzessen der allerneuesten Zeit reicht eine Kette von Feindseligkeiten, mit denen die Deutschen und ihre Hald bedrückt und getrieben worden sind. Wer bittet den Deutschen dafür, daß in dem internationalen Genuß des Jahres 1900 diese erbitternden Feindseligkeiten und Bedrohungen nicht vorzukommen? Wenn diese Frage jetzt in Deutschland aufgeworfen wird, so ist sie nach all den Vorgetrieben nur zu berechtigt. Aber wie im geschäftlichen und persönlichen Verkehr nichts vorwärts gehen würde, wenn das Vertrauen fehlte, so ist es auch im Leben der Völker. Die deutsche Politik Frankreich gegenüber seit dem großen Kriege ist stets eine Politik des Vertrauens, des Wohlwollens und der Verhältnismäßigkeit gewesen. Die Beschädigung der Pariser Weltausstellung von 1900 könnte dieses Vertrauensmerkmal. Vor dieser That wird man die schärfste Wache zur Erde sinken, und man wird sich in Frankreich bei ruhiger Lebensphilosophie Ueberlegung sagen, daß in unruhigen aufgeregten politischen Zeiten auf die Dauer dem mächtigen Antrieben der Friedenssehnsucht doch nichts zu widerstehen vermag. Auf dem Grunde des französischen Chauvinismus wird durch diese Entscheidung Deutschlands eine ansehnliche Menge feuriger Köpfe angezogen. Wer so viel Vertrauen erhält, muß sich dieses Vertrauens würdig zeigen. In der treuen Erinnerung der leitenden Kreise in Regierung und Ausstellung ist kein Kuanebild zu greifen. Man wird die Deutschen auf das Zuverlässigste

Amtlicher Teil.

Dresden, 13. Juli. Mit Allerhöchster Genehmigung ist der Privatdozent an der Universität Leipzig Dr. Wilhelm Schön zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Departement der Finanzen. Fortsetzung. Der Obersteiger und Verwalter des Reichsforstamtes in der Provinz Westfalen, Wilhelm Krüger, ist in gleicher Eigenschaft auf das Westfälische Forstamt in der Provinz Westfalen versetzt worden.

Departement des Innern. Vom Monat Juni dieses Jahres ab ist dem bisherigen Direktor der Reichsanstalt für die Erforschung der Krankheiten, Dr. Richard Wilm, die Stelle eines Direktors des Reichsanstalts für die Erforschung der Krankheiten übertragen und der vorher bei der 1. Rechnungs-Expedition des Reichsanstalts für die Erforschung der Krankheiten, Dr. Friedrich Schmidt, die Stelle eines Direktors übertragen worden.

Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zur Erledigung kommt die Schullehre in den Provinzen. Direktor der oberen Schulbehörde, Einsele, — außer seiner Wohnung, Dörsch, für Fortbildungsschulen und Fortbildungsschulen, — 1000 M. Gehalt, — 2. August an den 8. Reichsfinanzminister, Schulrat Wachtel in Berlin einzusetzen; — den 1. Oktober die Kirchschullehre zu übernehmen; — Direktor der 8. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Einsele, neben seiner Amtverübung mit einem Gehalt von 1000 M. und Schulanteile, 507 M. 60 Pf. von dem Reichsanstalt für die Erforschung der Krankheiten in der Provinz Westfalen. Verordnungsgröße unter Verweisung des Reichsanstalts über die vollständige Prüfung bis zum 27. Juli bei dem 8. Reichsfinanzminister in Bonn einzusetzen.

Nichtamtlicher Teil.

Die allgemeine Weltlage.

ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, gegenwärtig als eine offenbar friedliche zu charakterisieren. Vor allem sind es die günstigen Nachrichten aus Areta, welche die politische Situation günstig beein-

Kunst und Wissenschaft.

Japans moderne Zivilisation.
Die lebhaften Sympathien, welche man in Europa, namentlich auch in Deutschland, den Japanern während ihrer siegreichen Kämpfe mit China entgegengebracht hat, sind bald recht sehr gemindert worden durch die Befürchtung, daß in dem Volke des Ostens, das sich im Verlaufe weniger Jahrzehnte die Vorteile der westlichen Kultur in bewundernswürdiger Weise zu nutzen zu machen verstanden hat, den Kulturstaaten von West- und Mitteleuropa ein gefährlicher Konkurrent auf dem Gebiete des Handels und der Industrie entstehen werde. Daß diese Befürchtung nicht unbegründet ist, läßt sich nicht leugnen, denn in manchen Beziehungen hat sie sich dem europäischen Handel in Ost- und Südostasien schon fühlbar gemacht; doch fehlt es auch nicht an Anzeichen, daß ihr begegnet werden kann, ohne daß es nötig ist, dem aufstrebenden Volke in einer Weise entgegenzutreten, die es als eine Verletzung seiner berechtigten Ansprüche empfinden müßte. Am besten werden die europäischen Industriellen und Handelsmänner die richtige Stellung zum heutigen Japan finden, wenn sie sich daran erinnern, dieses Land als einen zivilisierten Staat im Sinne der Völkerverständigung zu betrachten und zu behandeln, nicht minder wie die Republikanten Mittel- und Südamerikas, denen Japan in vielen Beziehungen schon überlegen ist. Von diesem Gesichtspunkte aus erregt für uns Deutsche eine Schrift Interesse, die jüngst Dr. L. Dönhoff unter dem Titel „Japans moderne Zivilisation. Ein Beitrag zur ökonomischen Frage“ (Tosyo, 1896) herausgegeben hat. Der Verfasser, welcher seit sechs Jahren in Japan, wo er als Professor an der Kaiserl. Universität zu Tokio deutsches Recht lehrt, die japanische Sprache theoretisch und praktisch studiert und mit und in dem Volke lebt, gibt darin dem deutschen

Publikum in kurzen Zügen ein Gesamtbild der japanischen Lebensverhältnisse, wie sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte unter dem Einflusse der europäischen Kultur gestaltet haben.

Nicht freiwillig haben die Japaner seit 1854 ihr Land dem europäisch-amerikanischen Verkehr geöffnet, und auch dann ließen sie ihn nur in wenigen, durch Verträge bestimmten Höfen zu. Rings um diese Küstenplätze wurde eine Grenzlinie gezogen, die noch jetzt kein Fremder ohne besondere Erlaubnis der japanischen Regierung überschreiten darf, und ebenso ist es bei strenger Strafe keinem Japaner gestattet, ohne Genehmigung der Regierung in den „Entwässerungen“ der Fremden zu wohnen. In den Vertragshäfen entwickelte sich bald ein außerordentlich lebhafter Handel zwischen Japan und Europa, der von Seiten der letzteren seine feste Grundlage in zahlreichen europäischen Handelshäusern, vor allem englischen und deutschen, fand, die sich dort ansetzten machten. Trotzdem blieb ein unfreundliches, ja fast feindseliges Verhältnis zwischen den fremden Kaufleuten und der einheimischen Bevölkerung bestehen, hauptsächlich deshalb, weil jene, trotz aller Zugewandtheit zur weißen Rasse, keinerlei Verkehr außer dem geschäftlichen mit ihren Geschäftsfreunden von der „gelben Rasse“ unterhielten, was diese mit Misstrauen gegen die Fremden erfüllte. Aber mit der europäischen Kultur machten sich die Japaner bekannt, besonders nachdem 1867 der eigentliche Herr des Landes, der Mikado, die ihm seit Jahrhunderten vom Reichsoberhaupt, dem Shogun, vorerhaltenen Rechte zurückgenommen hatte, und jetzt verlangt die ganze Nation, daß ihr die Befreiung, welche ihr bei der gemiteltem Erlösung des Landes angedeutet worden sind, abgenommen werden und demgemäß die fremde Gerichtsbarkeit in ihrem Lande wegschaffen. Man kann der Nation ein solches Verlangen nicht verargen. Sie kann darauf hinweisen, daß sie den Anforderungen der modernen

Zivilisation Genüge leistet. Die Feindschaft gegen das Christentum, die man ihr nachgesagt hat, besteht nicht. Seit Jahrzehnten wird das Christentum in Japan völlig frei geübt; der Mikado des höchsten Grades, der Präsident des ersten japanischen Parlaments, der japanische Gesandte in Berlin und eine ganze Anzahl von Parlamentariern, Richtern und Professoren sind Christen. Allerdings findet sich gegenwärtig in den breiten Schichten der Bevölkerung nur wenig Neigung, das Christentum anzunehmen, teils wegen der starken Verbreitung, welche der Konfuzianismus mit seiner nachstrenge, aber religiösen Elemente baren Weltanschauung unter den Gebildeten gefunden hat, teils infolge der zum Zweifel herausfordernden Mannigfaltigkeit der Formen, in welchen ihnen die christliche Religion von den Missionaren der verschiedenen christlichen Kirchen dargeboten wird. Tritt aber einer über, so kümmert sich niemand weiter darum. Erst in neuerer Zeit hat sich eine besondere buddhistische Partei unter den Gelehrten gebildet, die der christlichen Propaganda scharf abweisend entgegentritt, aber nur mit den Waffen des Geistes. Im Verkehr zeigt selbst der gewöhnliche Mann eine außerordentliche Feinsinnigkeit, er begegnet dem andern mit ungewöhnlichem Takt und auffallendem Verständnis. Die Frauen der höheren Stände geben in echter Weiblichkeit den Frauen keiner anderen Nation etwas nach. Abgesehen von den unteren Klassen der Bevölkerung, die lange vernachlässigt, nach dem Eindruck einer gewissen Geistesfreiheit, ist der Japaner von schneller Auffassung, logisch, klar, feinsinnig, kritisch, zuweilen überkritisch, ein sorgfältiger Beobachter, außerordentlich geschickt in der Nachahmung, weniger geschickt in der originalen Schöpfung.“ Dagegen bringen im Vergleich mit dem Mittel- und Nordeuropäer kein Gehirn und kein Körper überhaupt bei anhaltender scharfer Anspannung eine geringere physische Widerstandsfähigkeit.

Verfassung, Verwaltung und öffentliche Einrichtungen Japans zeigen einen durchaus modernen Charakter. Der Staat ist eine regelrechte konstitutionelle Monarchie mit einer der deutschen sehr ähnlichen Verfassung, die vom Herrscher dem Volke freiwillig gestiftet worden ist. Wenn auch in den ersten Jahren im Parlament viel Zeit mit unruhigen Fährereien verstrichen wurde — auch in älteren Parlamenten geschick dies ja mitunter nach —, so hat sich doch die Volksvertretung mit überraschender Schnelligkeit in ihre parlamentarische Tätigkeit eingestellt. An dem Orte, mit welchem die japanischen Abgeordneten für die Verfassung und Verwirklichung ihrer Kriegsziele eintraten, konnte sich mancher deutsche Volksvertreter ein Beispiel nehmen. Die Finanzen des japanischen Staates sind vorzüglich geordnet. Vor der Kontraktion von Schulden hat europäische Finanzmächte, die für so viele außereuropäische Staaten verhängnisvoll geworden ist, hat sich die Regierung möglichst gehalten, so daß 1893 von der gesamten 286 Millionen Yen betragenden Staatsschuld nur 3 Millionen in Auslande aufgenommen waren. Auch die Kriegsausgaben sind insgesamt im Inlande aufgenommen worden. Wunderbar ist die Reichtigkeit, mit welcher sich nach dem Sturz der Regierung des Shoguns die Umwandlung des Feudalstaates in einen Staat mit europäischen Verwaltungsverfahren, in denen Zentralisation und Selbstverwaltung ineinander greifen, vollzogen hat. Deutschland hat in dieser wie in mancher anderen Beziehung, im Mikroskop nach dem Aufhören der französischen Einwirkung, in der Rechtspflege, dem Gefängniswesen, den Polizeieinrichtungen und der öffentlichen Gesundheitspflege, vielfach als Vorbild gedient. Das Unterrichtswesen ist von der ersten Volksschule bis zur Universität gut geordnet. Der Schulbesuch ist eingeführt, doch machen die Verhältnisse noch viele Ausnahmen nötig.

Seit der Eröffnung des Landes für die Fremden hat sich der Anteil Japans am Weltverkehr schnell gehoben.

und Geschäfts bei Holz- und Holzverteilung behandeln und wird politische Verhandlungen auf das Besondere zu vermeiden. Da es ein preussischer, sächsischer, württembergischer, elbholsteingischer, bayerischer oder medienburgischer Kaiser kommt, das wird nicht die geringste Veränderung des Geschäftsgefühls zur Folge haben. Alle werden sie als die „deutschen Güter“ Frankreich bei dem großen Schlachtfeld hier aufgenommen und mit der bekannten französischen Pariser Friedensverträge behandelt werden.

Der Deutsche Handelsrat wird den Entwurf eines Deutschen Handelsrechtsbuchs voraussichtlich in einer Ende September oder Anfang Oktober dieses Jahres zu berufenden Vollerammlung erörtern. Eine mögliche Beschleunigung ist erwünscht, weil das Reichsgesetzgremium nach dem Beschluß vom 1. Oktober den Entwurf des Handelsrechts für die Beschleunigung vorzulegen, und es jedenfalls für die Erreichung der Wünsche des Handelsrates förderlicher sein dürfte, daß dann schon die Ergebnisse seiner Beratungen vorliegen. Der Ausschuss war einstimmig der Meinung, daß es Pflicht des Handelsrates sei, auf dieses zukünftige Gesetzbuch für den Handelsstand eine ganz besondere und eingehende Sorgfalt zu verwenden und mit allem Fleiß dafür zu sorgen, daß der Reichsregierung und dem Reichstag die Wünsche und Anforderungen des Handels- und Gewerbestandes mit Bezug auf das Gesetzbuch klar zum Ausdruck gebracht werden. Um dieser Pflicht zu genügen, soll der Entwurf in vier Unterabteilungen vorbereitet werden, und zwar 1. Unterabteilung für das erste Buch des Entwurfs, 1. bis 8. Titel, §§ 1 bis 53 über den Handelsakt, 2. Unterabteilung: Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und stille Gesellschaften (§§ 54 bis 164 und 306 bis 314), 3. Unterabteilung: Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (§§ 165 bis 305), 4. Unterabteilung: Handelsgesellschaften, 5. Unterabteilung: Kommerzienrat Bedetti-Bändchen.

Der Abgeordnete für den Reichstagswahlkreis Westfalen-Brandenburg, Gustav-Adolf Bielefeld (nat.-lib.) in Blauerhof bei Paderborn, ist am Sonntag gestorben. Der Wahlkreis war zuletzt 1890 bis 1893 durch den freisinnigen Abg. Hugo Hermes vertreten. Bei der Wahl im Jahre 1893 erlangte der von den Konfessionen unterstützte agrarische Nationalliberale Bielefeld 5883 Stimmen, während auf den freisinnigen Kandidaten Hugo Hermes 4121 Stimmen entfielen, auf den Sozialdemokraten 7712, auf den Liberalen Kandidaten der Zentrumspartei 314, den Kandidaten der Antiklerikalen 577 Stimmen. Infolge dessen gelangte Bielefeld mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl und siegte dabei mit 9026 gegen 8951 Stimmen. In diesen Verhältnissen bemerkt Dr. Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ mit echt freisinniger Logik: „Diesmal wird die Eroberung des Reiches durch die Sozialdemokratie vor verändert werden, wenn sich die anderen Parteien entschließen, für einen Kandidaten der Freisinnigen Partei einzutreten.“ Eine fernere Nachwahl zum Reichstage würde sich nicht machen, wenn die Mitglieder sich bemühten, die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Jork bedingungslos wegen Freisinnigkeit mit seinen Parteigenossen kein Mandat niederzulegen.

Für die Reichstagswahl in Schlesien ist als Wahltermin ein Sonntag (9. August) festgesetzt worden. Eine Wahl am Sonntag abzuhalten, wäre für Deutschland etwas Neues. U. a. spricht auch die „Kreuzzeitung“ die Erwartung aus, daß der Termin wieder aufgehoben werden möge.

München. Die Kaiserin von Österreich ist gestern vormittag nach Jaffa abgereist.

Frankreich.

Paris. Bei den jüngsten Beförderungen in der Marine wurde auch Viceadmiral Gervais von Goussier ernannt. Der neue Kommandant des 9. Armeekorps, Divisionsgeneral Kiff, ist Elzéar und im Jahre 1834 in Wehrdienst getreten. Den größten Teil seiner militärischen Laufbahn verbrachte er in Algerien. Während des deutsch-französischen Krieges fand er bei der Rheinarmee. Als Brigadegeneral befehligte er die Kavalleriebrigade an der Rhense und die 45. Infanteriebrigade in Limoges. Seit 1892 ist er Divisionsgeneral. Das Publikum wurde am Sonntag zur Besichtigung der 59 Pläne für die beiden großen Paläste der Weltausstellung von 1900 zugelassen, welche in 17 Sälen des Industrieplatzes ausgestellt sind. Es sind gute Arbeiten, doch bieten nur wenige derselben etwas wirklich Neues. Die meisten Architekten haben als Form für den großen Palast diejenige des jetzigen Industrieplatzes mit mehr oder weniger bedeutenden Veränderungen beibehalten und teils in der Mitte eine große Kuppel, teils Kuppelbauten an den Enden, teils mehrere große Kuppeln an-

gebracht. Eine ebenso ansprechende als neue Gestalt hat nur der Plan der Architekten Tournaire und Desfré. Der große Palast auf diesem Entwurf ist 260 m lang mit rechteckigem Ruppelbau, dessen Mitte eine mächtig hohe, starke Kuppel krönt. Die vier Enden sind mit kleineren Kuppeln versehen. Zu dem aus fünf einzelnen Eingängen bestehenden Hauptportal führt eine große, beinahe die ganze Länge des Gebäudes einnehmende Freitreppe hinauf. Gegenüber befindet sich halbkreisförmig und in der Mitte durch eine nach der Place de la Concorde führende, breite Straße geteilt, der einstufige, an seinen Enden ebenfalls Kuppeln tragende Gebäudeflügel, kleine Paläste. Zwischen diesem und dem Hauptpalast führt die neue, die Champs-Élysées mit der Invaliden-Geplande auf dem anderen Ufer der Seine verbindende Brücke durch. Die Perspektive ist nach allen Seiten eine äußerst günstige, und nicht nur die Aussicht von der Freitreppe des großen Palastes die denkbar schönste, sondern auch der Blick vom Konfessionsplatz auf letzteren großartig. Aus Tunis treffen Nachrichten vom Unglücksfall während der Exzursion der Zuvaren ein. Dieselben mühten am Sonntag nachmittag 2 Uhr bei einer Hitze von 40° über. Es blies hierbei ein Sonnenwind 5 Soldaten sofort tot, 47 wurden schwer krank, jedoch an ihrem Aufkommen geneigt wird, und im ganzen mußten 200 Mann ins Spital gebracht werden. Die Verantwortung hierfür soll den Oberleutnant Duhan treffen.

Belgien. Brüssel. Bei den Stichwahlen hat die liberale Liste über die der veränderten Modifikationen und Sozialdemokraten in Brüssel mit 112 000 gegen 94 100 Stimmen, in Antwerpen über die liberale Liste mit 62 500 gegen 51 000 Stimmen gesiegt. In Philippeville gewonnen die liberale Kandidaten mit einer Mehrheit von 130 Stimmen über den liberalen und sozialdemokratischen Kandidaten der Oberhand und in Nivel wurden drei Liberale gewählt. Damit ist das endgültige Ergebnis der Wahl: 111 Liberale, 12 Radikale und 29 Sozialdemokraten (jedes die ersten vier über eine Mehrheit von 70 Stimmen verlor) gegen 105 Liberale, 18 Liberale verschiedener Färbung und 28 Sozialdemokraten in der alten Kammer. Es wurden im ganzen abgegeben: 495 613 liberale Stimmen, 216 187 sozialistische, 201 133 liberale und 22 058 Stimmen für die Kandidaten der Christlich-Sozialen.

Belgien.

Stellen. Rom. Die Ministerkrise ist noch nicht beendet. Im Laufe des gestrigen Tages fanden zwei Ministerberatungen statt, an welchen die bisherigen Minister, mit Ausnahme von Nicotri und Prati, teilnahmen. Der „Opinion“ zufolge verließen die Minister des Schatzes, der Posten und Telegraphen und des Auswärtigen die Beratung vor den übrigen Ministern. Abends fand dann eine dritte Beratung statt, nach deren Beendigung die Ansicht vlag, daß die Krise heute ihrer Lösung finden werde. Die militärische Frage in ihrer Beziehung zu der finanziellen Frage könne als gelöst betrachtet werden, durch ihr Ausbleiben sei die Hauptkomplexion der Krise beseitigt. Die Vertagung der Parteitagung werde noch heute erfolgen können. Auch erhielt sich das Gerücht von dem Eintritt des General Pelloux in das Ministerium und zugleich wurde für das Fortbestehen der öffentlichen Arbeiten der Senator Pissani genannt. General Baldissera ist gestern in Neapel eingetroffen.

Stellen.

Madrid. Dem „Arenas Bureau“ liegen über Rom vom 13. Juli aus Havanna eingegangene Nachrichten vor, wonach unter den spanischen Truppen wegen Grausens des gelben Fiebers eine Panik herrsche. Die Sterblichkeit betrage 40 bis 60 Proz. Noch einer der „A. C.“ zugehenden Meldung entspricht die von der spanischen Presse in der letzten Zeit wiederholt gebrachte Nachricht, daß die spanische Regierung in Genoa oder in Triest zwei Panzerschiffe oder zwei Kreuzer angekauft habe, bezugnehmend im Begriffe stehend, nicht den Thatsachen. Wichtig sei bloß, daß die spanische Regierung mit den herangezogenen Kriegswerten wegen des Baues von neuen Kriegsschiffen für die spanische Flotte in Unterhandlungen stehe, ohne daß diese jedoch bisher zu einem endgültigen Ergebnisse geführt hätten. Die erwähnte positive Meldung der französischen Blätter sei ein halbes D'essai, um auf diesem Wege Genaueres über die diesbezüglichen Absichten der spanischen Regierung zu erfahren und wenn möglich die Bestellung für französische Firmen zu sichern.

Spanien.

Witterung des Juni 1896. Die Wärme des Juni geht unter normalen Verhältnissen das Bild einer sehr angenehmen Wärme, welche in der Mitte durch einen sehr regelmäßigen, wiederkehrenden Rückgang oder eine Einbuße unterbrochen wird. Da in die Zeit dieses Rückganges der Wärme die Schallhöhe fällt, so wird er allgemein als „Schallhöhe“ bezeichnet. Derselbe gestaltet sich die Verhältnisse infolge abweichend, als sich die Wärmezunahme auf die ersten zwei Drittel des Monats erstreckt und der Rückgang erst am Ende des Monats eintritt, wie die folgende Zusammenstellung der fünfjährigen Mitteltemperaturen aus den letzten 25 Jahren und den diesjährigen erkennen läßt. Danach beträgt die Wärme der Tage vom

London. Im Unterhause überreichte gestern Scott Montagu eine Billigkeit des Gesundheitsgesetzes von Bulwags, in welchem darum gebeten wird, daß der Freibrief der britischen südafrikanischen Gesellschaft nicht aufgehoben werde und die jetzige Regierungsform unberührt bleibe. — Bruce fragte an, ob die Regierung einer Lösung der freiesinnigen Angelegenheiten dahin, daß die Rechte der Nationalversammlung und die Vorrechte für die lokale Autonomie unter der Garantie der Großmacht zu stellen wären, günstig gesinnt sei, und dieselbe unterstützen würde, ferner, ob die Regierung beabsichtigt sei, daß die Autorität des Parlaments gegen die Einmischung des Militärgouvernements geschützt werde. Der Parlamentarier Curzon antwortete, bei den in Konstantinopel zwischen den Vertretern der Großmächte stattgefundenen und noch stattfindenden Erörterungen seien die in der Anfrage erwähnten Vorschläge bisher nicht in Betracht gekommen, er glaube nicht, daß es die Einseitigkeit der Mächte, welche aufrechtzuerhalten müßten, sei, erleichtert würde, wenn eine Erklärung über die Absichten abgegeben würde, welche die britische Regierung selbständig lege. Curzon erklärte ferner, der Sirdar Ritzcher-Pasha habe unter dem vorgeschlagenen Datum berichtet, bis jetzt seien an der Grenze 703 Ertränkungen, 479 Todesfälle, einschließlich des Major Owen, vorgekommen, während der letzten beiden Tage jedoch kein Fall in Kofsch oder Kofsch. Er hoffe, daß sich die Vorkehrungen erfolgreich bewähren und eine Weiterverbreitung nach Süden verhindert werden. Der Kil steigt sehr normal. — Der erste Lord der Admiralität, Goschen, erklärte, an den Flottenmandat werden sich 15 Schlagschiffe, 25 Kreuzer, 21 Kanonenboote, 20 Torpedobootsbräuler und 24 Torpedoboote, im ganzen 105 Schiffe mit einer Gesamtbesatzung von 20 000 Mann befinden.

Großbritannien.

London. Im Unterhause überreichte gestern Scott Montagu eine Billigkeit des Gesundheitsgesetzes von Bulwags, in welchem darum gebeten wird, daß der Freibrief der britischen südafrikanischen Gesellschaft nicht aufgehoben werde und die jetzige Regierungsform unberührt bleibe. — Bruce fragte an, ob die Regierung einer Lösung der freiesinnigen Angelegenheiten dahin, daß die Rechte der Nationalversammlung und die Vorrechte für die lokale Autonomie unter der Garantie der Großmacht zu stellen wären, günstig gesinnt sei, und dieselbe unterstützen würde, ferner, ob die Regierung beabsichtigt sei, daß die Autorität des Parlaments gegen die Einmischung des Militärgouvernements geschützt werde. Der Parlamentarier Curzon antwortete, bei den in Konstantinopel zwischen den Vertretern der Großmächte stattgefundenen und noch stattfindenden Erörterungen seien die in der Anfrage erwähnten Vorschläge bisher nicht in Betracht gekommen, er glaube nicht, daß es die Einseitigkeit der Mächte, welche aufrechtzuerhalten müßten, sei, erleichtert würde, wenn eine Erklärung über die Absichten abgegeben würde, welche die britische Regierung selbständig lege. Curzon erklärte ferner, der Sirdar Ritzcher-Pasha habe unter dem vorgeschlagenen Datum berichtet, bis jetzt seien an der Grenze 703 Ertränkungen, 479 Todesfälle, einschließlich des Major Owen, vorgekommen, während der letzten beiden Tage jedoch kein Fall in Kofsch oder Kofsch. Er hoffe, daß sich die Vorkehrungen erfolgreich bewähren und eine Weiterverbreitung nach Süden verhindert werden. Der Kil steigt sehr normal. — Der erste Lord der Admiralität, Goschen, erklärte, an den Flottenmandat werden sich 15 Schlagschiffe, 25 Kreuzer, 21 Kanonenboote, 20 Torpedobootsbräuler und 24 Torpedoboote, im ganzen 105 Schiffe mit einer Gesamtbesatzung von 20 000 Mann befinden.

London. Im Unterhause überreichte gestern Scott Montagu eine Billigkeit des Gesundheitsgesetzes von Bulwags, in welchem darum gebeten wird, daß der Freibrief der britischen südafrikanischen Gesellschaft nicht aufgehoben werde und die jetzige Regierungsform unberührt bleibe. — Bruce fragte an, ob die Regierung einer Lösung der freiesinnigen Angelegenheiten dahin, daß die Rechte der Nationalversammlung und die Vorrechte für die lokale Autonomie unter der Garantie der Großmacht zu stellen wären, günstig gesinnt sei, und dieselbe unterstützen würde, ferner, ob die Regierung beabsichtigt sei, daß die Autorität des Parlaments gegen die Einmischung des Militärgouvernements geschützt werde. Der Parlamentarier Curzon antwortete, bei den in Konstantinopel zwischen den Vertretern der Großmächte stattgefundenen und noch stattfindenden Erörterungen seien die in der Anfrage erwähnten Vorschläge bisher nicht in Betracht gekommen, er glaube nicht, daß es die Einseitigkeit der Mächte, welche aufrechtzuerhalten müßten, sei, erleichtert würde, wenn eine Erklärung über die Absichten abgegeben würde, welche die britische Regierung selbständig lege. Curzon erklärte ferner, der Sirdar Ritzcher-Pasha habe unter dem vorgeschlagenen Datum berichtet, bis jetzt seien an der Grenze 703 Ertränkungen, 479 Todesfälle, einschließlich des Major Owen, vorgekommen, während der letzten beiden Tage jedoch kein Fall in Kofsch oder Kofsch. Er hoffe, daß sich die Vorkehrungen erfolgreich bewähren und eine Weiterverbreitung nach Süden verhindert werden. Der Kil steigt sehr normal. — Der erste Lord der Admiralität, Goschen, erklärte, an den Flottenmandat werden sich 15 Schlagschiffe, 25 Kreuzer, 21 Kanonenboote, 20 Torpedobootsbräuler und 24 Torpedoboote, im ganzen 105 Schiffe mit einer Gesamtbesatzung von 20 000 Mann befinden.

London. Im Unterhause überreichte gestern Scott Montagu eine Billigkeit des Gesundheitsgesetzes von Bulwags, in welchem darum gebeten wird, daß der Freibrief der britischen südafrikanischen Gesellschaft nicht aufgehoben werde und die jetzige Regierungsform unberührt bleibe. — Bruce fragte an, ob die Regierung einer Lösung der freiesinnigen Angelegenheiten dahin, daß die Rechte der Nationalversammlung und die Vorrechte für die lokale Autonomie unter der Garantie der Großmacht zu stellen wären, günstig gesinnt sei, und dieselbe unterstützen würde, ferner, ob die Regierung beabsichtigt sei, daß die Autorität des Parlaments gegen die Einmischung des Militärgouvernements geschützt werde. Der Parlamentarier Curzon antwortete, bei den in Konstantinopel zwischen den Vertretern der Großmächte stattgefundenen und noch stattfindenden Erörterungen seien die in der Anfrage erwähnten Vorschläge bisher nicht in Betracht gekommen, er glaube nicht, daß es die Einseitigkeit der Mächte, welche aufrechtzuerhalten müßten, sei, erleichtert würde, wenn eine Erklärung über die Absichten abgegeben würde, welche die britische Regierung selbständig lege. Curzon erklärte ferner, der Sirdar Ritzcher-Pasha habe unter dem vorgeschlagenen Datum berichtet, bis jetzt seien an der Grenze 703 Ertränkungen, 479 Todesfälle, einschließlich des Major Owen, vorgekommen, während der letzten beiden Tage jedoch kein Fall in Kofsch oder Kofsch. Er hoffe, daß sich die Vorkehrungen erfolgreich bewähren und eine Weiterverbreitung nach Süden verhindert werden. Der Kil steigt sehr normal. — Der erste Lord der Admiralität, Goschen, erklärte, an den Flottenmandat werden sich 15 Schlagschiffe, 25 Kreuzer, 21 Kanonenboote, 20 Torpedobootsbräuler und 24 Torpedoboote, im ganzen 105 Schiffe mit einer Gesamtbesatzung von 20 000 Mann befinden.

London. Im Unterhause überreichte gestern Scott Montagu eine Billigkeit des Gesundheitsgesetzes von Bulwags, in welchem darum gebeten wird, daß der Freibrief der britischen südafrikanischen Gesellschaft nicht aufgehoben werde und die jetzige Regierungsform unberührt bleibe. — Bruce fragte an, ob die Regierung einer Lösung der freiesinnigen Angelegenheiten dahin, daß die Rechte der Nationalversammlung und die Vorrechte für die lokale Autonomie unter der Garantie der Großmacht zu stellen wären, günstig gesinnt sei, und dieselbe unterstützen würde, ferner, ob die Regierung beabsichtigt sei, daß die Autorität des Parlaments gegen die Einmischung des Militärgouvernements geschützt werde. Der Parlamentarier Curzon antwortete, bei den in Konstantinopel zwischen den Vertretern der Großmächte stattgefundenen und noch stattfindenden Erörterungen seien die in der Anfrage erwähnten Vorschläge bisher nicht in Betracht gekommen, er glaube nicht, daß es die Einseitigkeit der Mächte, welche aufrechtzuerhalten müßten, sei, erleichtert würde, wenn eine Erklärung über die Absichten abgegeben würde, welche die britische Regierung selbständig lege. Curzon erklärte ferner, der Sirdar Ritzcher-Pasha habe unter dem vorgeschlagenen Datum berichtet, bis jetzt seien an der Grenze 703 Ertränkungen, 479 Todesfälle, einschließlich des Major Owen, vorgekommen, während der letzten beiden Tage jedoch kein Fall in Kofsch oder Kofsch. Er hoffe, daß sich die Vorkehrungen erfolgreich bewähren und eine Weiterverbreitung nach Süden verhindert werden. Der Kil steigt sehr normal. — Der erste Lord der Admiralität, Goschen, erklärte, an den Flottenmandat werden sich 15 Schlagschiffe, 25 Kreuzer, 21 Kanonenboote, 20 Torpedobootsbräuler und 24 Torpedoboote, im ganzen 105 Schiffe mit einer Gesamtbesatzung von 20 000 Mann befinden.

Witterung des Juni 1896.

Die Wärme des Juni geht unter normalen Verhältnissen das Bild einer sehr angenehmen Wärme, welche in der Mitte durch einen sehr regelmäßigen, wiederkehrenden Rückgang oder eine Einbuße unterbrochen wird. Da in die Zeit dieses Rückganges der Wärme die Schallhöhe fällt, so wird er allgemein als „Schallhöhe“ bezeichnet. Derselbe gestaltet sich die Verhältnisse infolge abweichend, als sich die Wärmezunahme auf die ersten zwei Drittel des Monats erstreckt und der Rückgang erst am Ende des Monats eintritt, wie die folgende Zusammenstellung der fünfjährigen Mitteltemperaturen aus den letzten 25 Jahren und den diesjährigen erkennen läßt. Danach beträgt die Wärme der Tage vom

Table with 4 columns: Year, Min, Max, Mean. Rows for 1870-1896 and 1891-1896.

Die ersten 30 Jahre ergeben demnach ein Mittel von 17.7°, die letzten von 16.2°. Unter diesen hatte der ...

2000 Artilleristen geleitet werden; da aber die künftige Artillerie der Republik nur einige hundert Mann stark ist, sollen entlassene Artilleristen einberufen werden. Die Reservisten sind nach den dortigen Militärgesetzen bis zum 35. Lebensjahre dienstfähig.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Rom vom 12. d. Mts. lauten die Nachrichten aus Methyma ernst. Es wird gemeldet, daß 4 türkische Ortshäuser in der Nachbarschaft der Stadt niedergebrannt worden seien und daß in Methyma eine Panik dadurch entstanden sei, daß ein Greis in der Nähe des türkischen Konsulats zufällig einen Schuß abgefeuert habe. In der Folge habe sich ein Kampf in der Nähe des Konsulats entpinnen, in dessen Verlauf ein Polizist und ein Kommandeurer getötet und zwei Personen verwundet worden seien. — In einer Kritik des Dreibund betreffenden Artikels der „Hamb. Nachr.“ äußert sich die „Marningspost“ dahin, daß der Dreibund seinem Gabe entgegenzuweisen ist. Deutschland werde zur Politik des friedlichen Völkerverständnisses, d. h. zur Freundschaft mit England zurückkehren, und damit werde gleichzeitig der Grund zu einer Verständigung mit der französischen Republik gelegt werden. (Das englische Blatt hat also den Auftrag der „Hamb. Nachr.“ so vollkommen mißverstanden, als es nur irgend möglich war.)

Rußland.

St. Petersburg. Am Sonntag nachmittag hatte das Offizierscorps des Regiments Garde à cheval die Offiziere der beiden deutschen Schiffe besucht. Wenige Stunden danach ging die Kaiserin nach Kronstadt von St. Petersburg. Wie verlautet, werden die Großfürstin Maria Paulowna und die Herzogin von Ruban die Schiffe noch vor ihrer Abreise nach Kronstadt besichtigen. Am Sonntag vormittag trafen der Marineoffizier von Kronstadt, Viceadmiral Kozakow, sowie andere hohe Offiziere und Beamte der Marine bei beiden Kommandanten der deutschen Schiffe ihre Besuche ab. Das Marineoffizierscorps stellte den deutschen Offizieren kein Kasino zur Verfügung und lud dieselben zum Abend ein. Gestern früh begaben sich die Offiziere und eine Anzahl Kadetten der deutschen Schiffe unter Führung ihrer Kommandanten nach Peterhof. Alle Offiziere wurden von der Station in Hofequipagen abgeholt und machten darauf eine Spazierfahrt in den Gärten und Parkanlagen von Peterhof. Es wurde ihnen dann im alten Schloß von Peterhof in Gegenwart des Hofmarschalls Grafen von Benndorf das Frühstück serviert. Nach dem Frühstück wurden sämtliche Offiziere und Kadetten in Hofequipagen nach dem Kaiserpalais Alexandria gebracht, wobei sie die Ehre hatten, Sr. Majestät dem Kaiser vorgestellt zu werden. Bald darauf wurde dem Kaiser eine Deputation der deutschen Reichsangehörigen vorgestellt, welche dem Kaiser eine Glückwunschadresse zur Krönungsfeier überreichte. Um 4 Uhr nachmittags erfolgte die Rückkehr der deutschen Offiziere und Kadetten mit dem kaiserlichen Dampfer „Wolfinn“ nach ihren Schiffen.

Der russische Gesandte in Japan Hitrowo, bei dem durch seine agitatorische Thätigkeit auf dem Balkan, ist gestorben.

Griechenland.

Athen. Heute ist die griechische Kammer zusammengetreten. Zu Beginn der Sitzung werden die griechischen Abgeordneten ihre bereits bekannten Forderungen in schriftlicher Form überreicht, sich auf eine Diskussion aber nicht einlassen, sondern sich mit der Erklärung beschränken, daß sie erst eine Antwort der Porte abwarten wollen.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind gestern mit dem Prinzen Nicolas an Bord des „Maulau“ von Piräus über Brindisi nach England abgereist.

Bulgarien.

Sofia. In einem Briefe der „Pol. Corr.“ wird neuerdings betont, daß von einer politischen oder ministeriellen Krise derzeit nicht die Rede ist. Herr Jovanow bleibt ruhig in Karlobad, Kriegsminister Petrow, der angeblich demissionieren wolle, weilt auch in Karlobad, und der bevorstehende Ministerrat des Ministers Katschewski, den zu verurteilen alle anderen Mitglieder sich eifrig aber erfolglos bemüht hätten, habe das Kabinett nicht aus den Augen gebracht, und von dem Konflikt zwischen den beiden Mehrheitsparteien sei nichts zu merken. Auch die Frage des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn könne nicht als irgendein irritierendes gelten. Man rede allerdings mit der Wahrscheinlichkeit, daß der Vertrag in diesem Jahre nicht zu Stande kommen werde, was jedoch für die eine, noch die andere Seite ein Unglück wäre. Die einzige alte Angelegenheit, von welcher weittragendere politische Folgen zu besorgen sein könnten, ist die Frage der Wiederaufnahme der emigrierten, größtenteils in russischen Diensten stehenden ehemaligen bulgarischen Offiziere. Diese Angelegenheit ist sehr ernst, denn sie

Von 37 Millionen Yen im Jahre 1872 ist er auf 230 Millionen im Jahre 1894 gestiegen. Daraus entspringen zur Zeit 40 Proz. auf den Handel mit England und den englischen Kolonien. Für den deutschen Märkte liegt hier noch ein weites Feld offen. Als Kaufmann ist der Japaner keine Gefahr für uns, denn der japanische Kaufmannstand ist erst in der Entwicklung begriffen. In der Neuzeit ist der Kaufmann eines niedrigen Ranges und stand noch unter dem Bauern. Die Stellung des „Arudo“, des Händlers, in dieser Zeit erinnert sehr an die der Juden in Europa während des Mittelalters; sie zwingt ersteren, Verschleppung, List und Unterwürfigkeit als Waage im Kampfe ums Dasein zu gebrauchen. Nur die Kaufleute von Osaka machten von jeher eine tüchtige Ausnahme. In der Gegenwart sind überall Anzeichen einer Umwälzung in der geschäftlichen Führung der Kaufleute bemerkbar, und es fehlt jetzt nicht an tüchtigen Elementen im Kaufmannstande. Namentlich sind die kaufmännischen Gesellschaften in den großen Städten gut organisiert und verwaltet. Einen weiteren Fortschritt werden die Handelsstellen herbeiführen, mit deren Errichtung man in neuerer Zeit in den größten Städten begonnen hat. Eine Eigenschaft ist dem Japaner hinsichtlich ein guter Kaufmann zu sein, nämlich sein Mangel an Sparankamkeit; doch wirken auf dessen sämtliche Besichtigung sehr Vorurteile hin. Für das Bank- und Versicherungswesen, für andere kommerzielle und für gewerbliche Zwecke sind zahlreiche Gesellschaften tätig. Ein Deutscher, Herr Dr. Mayer, hat sich um die Einführung dieser Gesellschaftsformen wichtige Verdienste erworben. Japan verfügt gegenwärtig über eine stattliche Flotte von großen, trefflich ausgerüsteten Dampfern. Seit 1872, wo die erste Eisenbahn Japans, von Tokyo nach Yokohama, in einer Länge von 28 englischen Meilen eröffnet wurde, ist ein Netz von mehr als 2000 englischen Meilen erbaut worden, und den Bau von ebenso vielen Eisenbahnen plant man jetzt. Dem Eisenbahneitz ist das Telegraphenwesen ebenfalls, und Tokyo, Yokohama, Osaka und Kobe erfreuen sich seit einigen Jahren sogar schon eines Telephonnetzes. Die japanische Post, die sich bis vor kurzem auf die Beförderung von Briefschaften und Büchern beschränkte, hat ihre Wirksamkeit in neuerer Zeit auch auf die Beförderung von Paketen ausgedehnt. In der Industrie haben die

Japaner seit langen Zeiten Fortschritte geleistet, und seit der Eröffnung des Landes hat auch das Fabrikwesen nach europäischer Art Eingang gefunden. Die niedrigen Arbeitslöhne kommen dabei den japanischen Fabrikanten zu statten, und dies nebst der Wahrnehmung, daß die Japaner in neuerer Zeit mit Ansehen, die bis jetzt das Ergebnis westlicher Fabriken waren, auf dem Weltmarkt erschienen sind, hat lebhafteste Bestrebungen in Europa hervorgerufen. Nöthig ist es nicht, die Befürchtung, sagt er, welche man in Europa hegt, daß Japan mit seinen billigen Arbeitskräften Europa in der industriellen Entwicklung den Rang ablaufen werde, ist nicht begründet. Abgesehen davon, daß der Unterschied gar nicht mehr so groß ist, hat man dabei auch außer acht gelassen, daß der japanische Arbeiter weniger Tagelohn leidet und nicht so ausdauernd ist als ein europäischer oder vielmehr nordeuropäischer Genosse, und daß er zwar für manche Industrie hervorragend, für andere aber weniger brauchbar ist. Es wird sich deshalb auch hier zu Nutz und Frommen beider Teile eine Arbeitsteilung anbahnen. Was der Japaner beifert liefern kann, werden wir von ihm, und was wir besser liefern können, wird er von uns kaufen. Und je tüchtiger der japanische Arbeiter wird, je mehr er durch den Weltverkehr moderne Bedürfnisse kennen lernt, desto höher werden seine Ansprüche steigen. Die billige Kuliarbeit wird aufhören, da die Leute mit dem Anwachsen der Industrie eine bessere und lohnendere Beschäftigung finden werden.“ Das sind solche Aufschauungen nicht unbegründet, geht auch aus den von anderer Seite gemachten Beobachtungen hervor. Die von den Japanern auf den Markt gebrachten Artikel europäischer Art bestehen allerdings auf den ersten Blick durch kühnen Aussehen und niedrige Preise, leben aber vielfach in der Zubereitung des Rohmaterials und infolgedessen in der Haltbarkeit hinter der gleichen Ware europäischer Ursprungs zurück. In Deutschland hat man schon begonnen, in gewissen Artikeln der japanischen Konkurrenz in China durch geschmackvoll ausgeführte und dabei doch haltbare und billige Ware die Spitze zu bieten, und das anscheinend mit größerem Erfolge, als man erwartet hätte.

Japaner seit langen Zeiten Fortschritte geleistet, und seit der Eröffnung des Landes hat auch das Fabrikwesen nach europäischer Art Eingang gefunden. Die niedrigen Arbeitslöhne kommen dabei den japanischen Fabrikanten zu statten, und dies nebst der Wahrnehmung, daß die Japaner in neuerer Zeit mit Ansehen, die bis jetzt das Ergebnis westlicher Fabriken waren, auf dem Weltmarkt erschienen sind, hat lebhafteste Bestrebungen in Europa hervorgerufen. Nöthig ist es nicht, die Befürchtung, sagt er, welche man in Europa hegt, daß Japan mit seinen billigen Arbeitskräften Europa in der industriellen Entwicklung den Rang ablaufen werde, ist nicht begründet. Abgesehen davon, daß der Unterschied gar nicht mehr so groß ist, hat man dabei auch außer acht gelassen, daß der japanische Arbeiter weniger Tagelohn leidet und nicht so ausdauernd ist als ein europäischer oder vielmehr nordeuropäischer Genosse, und daß er zwar für manche Industrie hervorragend, für andere aber weniger brauchbar ist. Es wird sich deshalb auch hier zu Nutz und Frommen beider Teile eine Arbeitsteilung anbahnen. Was der Japaner beifert liefern kann, werden wir von ihm, und was wir besser liefern können, wird er von uns kaufen. Und je tüchtiger der japanische Arbeiter wird, je mehr er durch den Weltverkehr moderne Bedürfnisse kennen lernt, desto höher werden seine Ansprüche steigen. Die billige Kuliarbeit wird aufhören, da die Leute mit dem Anwachsen der Industrie eine bessere und lohnendere Beschäftigung finden werden.“ Das sind solche Aufschauungen nicht unbegründet, geht auch aus den von anderer Seite gemachten Beobachtungen hervor. Die von den Japanern auf den Markt gebrachten Artikel europäischer Art bestehen allerdings auf den ersten Blick durch kühnen Aussehen und niedrige Preise, leben aber vielfach in der Zubereitung des Rohmaterials und infolgedessen in der Haltbarkeit hinter der gleichen Ware europäischer Ursprungs zurück. In Deutschland hat man schon begonnen, in gewissen Artikeln der japanischen Konkurrenz in China durch geschmackvoll ausgeführte und dabei doch haltbare und billige Ware die Spitze zu bieten, und das anscheinend mit größerem Erfolge, als man erwartet hätte.

Wärme des Juni geht unter normalen Verhältnissen das Bild einer sehr angenehmen Wärme, welche in der Mitte durch einen sehr regelmäßigen, wiederkehrenden Rückgang oder eine Einbuße unterbrochen wird. Da in die Zeit dieses Rückganges der Wärme die Schallhöhe fällt, so wird er allgemein als „Schallhöhe“ bezeichnet. Derselbe gestaltet sich die Verhältnisse infolge abweichend, als sich die Wärmezunahme auf die ersten zwei Drittel des Monats erstreckt und der Rückgang erst am Ende des Monats eintritt, wie die folgende Zusammenstellung der fünfjährigen Mitteltemperaturen aus den letzten 25 Jahren und den diesjährigen erkennen läßt. Danach beträgt die Wärme der Tage vom

berührt weiter ... 750.7 ...

